

Die Volksrechte werden reformiert : in Tat und Wahrheit ist das Volk absolut inkompetent

Autor(en): **Stauffer, Alexandra**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebenspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **121 (1995)**

Heft 12

PDF erstellt am: **27.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-600487>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

IN TAT UND WAHRHEIT IST DAS VOLK ABSOLUT INKOMPETENT

VON ALEXANDRA STAUFFER

Nun soll es endlich zwei Schritte vorwärts gehen: Die Reform des politischen Systems wird angepackt. Engagiert und mit Schwung, wie wir das gewohnt sind von den Politikerinnen und Politikern dieses Landes. Sie sind sich zwar immer noch nicht einig, wie die seit Jahren totalrevisionsbedürftige Bundesverfassung der-einst ausschauen soll, und sie wissen auch nicht, wie die offenbar dringende Regierungsreform (Stich weinte im Ständerat Tränen – und das mit Herzschrötmacher!) über die Bühne geschaukelt werden kann, ohne dass den Volkstribunen schlecht wird dabei, aber sie meinen es nun wirklich ernst. Wollen die Sache beim Schopf packen. Wild entschlossen, das Richtige zu tun. Das heisse Eisen nicht mehr loszulassen. Ohne Rücksicht auf Verluste. Und auf Schmerzen.

Die Politiker sind die Gelackmeierten

In schlechten Zeiten muss man schliesslich auf die Zähne beißen können, die Frauen wissen davon ein Lied zu singen. Ganz besonders die Politikerinnen (Ausnahme: Willy Mittenwiler). Klagelieder könnten sie singen, allesamt. Ergreifend traurige, denn das öffentliche Leben ist kein Zuckerschlecken. Das Volk fordert und reklamiert, wengleich es keine Ahnung hat von der hohen Politik – vielleicht lärmen die tumben Bürgerinnen und Bürger gerade deshalb die ganze Zeit –, und die erlauchten Politikerinnen, vor

allem aber die Politiker, sind die Gelackmeierten. Immer. Schliesslich hat man sie gewählt, damals, als die Versprechen noch als einlösbar verkauft wurden, und letztlich haben sie sich ja bereit erklärt, die Interessen der einfachen Leute zu vertreten hoch oben in Bern, wo die Schweiz noch ein Staat ist und wo der Regierung etwas Göttliches anhaftet, zumindest angesichts der prunkvollen Residenz und der edlen Staatskarossen, die den Bundespräsidenten an den Genfer Automobilsalon chauffieren, wo das Landesoberhaupt unbedingt erscheinen muss, denn das Volk mag Autos, der Salon ist also ein sogenannt schweizerisches Event, und das ist in Bern willkommen, denn dort verstreicht die Zeit langsamer, ist es öder als anderswo in der Welt, und der Bundespräsident redet gerne, wo er ein geschätzter Gast ist – das ist er fast nirgends, eigentlich, aber Autos können ja noch nicht zuhören, und wenn sie es auch könnten, verstünden sie den Villiger nicht.

Die wenigsten Politikerinnen und Politiker sind beliebt – wirklich. Sie werden zwar gewählt, aber das heisst nichts, denn wer lässt sich schon wählen, vom «Volk» (an die Urne geht ja bloss eine knappe Hälfte der Stimmberechtigten) und für satte vier Jahre und nach Bern und in dieses Tollhaus? Niemand! Denken wir. Aber wir irren, denn wir sind nicht wie sie. Wir sind das Volk, sie sind die Politiker. Und innen, das macht keinen Unterschied, meistens jedenfalls.

Nur dass sie offenbar anders funktionieren – müssen –, das sehen wir ein. Und dass wir da nicht mithalten können. Wollen. Wir sind ja keine – lassen wir das. Sie sind ganz einfach nicht von unserem Fleisch und Blut. Nur denselben Pass haben sie im Handschuhfach liegen oder in der Handtasche, aber das heisst nichts, denn Handschuhfächer gibt es in einem VW Käfer wie in einem Bentley, und wer trägt denn noch eine klassische Handtasche mit sich herum? Otto Stich vielleicht, wegen seines Pfeifen-Reservoirs, aber wozu sollen wir uns mit Pfeifen trösten? Die Unterschiede gilt es zu erkennen. Das ist wichtiger. Nötiger!

Das Volk hat eindeutig versagt

Der Unterschied ist der: Das Volk ist zwar für Wahlstimmen gut, soll nach erfolgtem Zetteleinwurf aber gefälligst den Mund halten. Weil es ohnehin nicht weiss, wie das in Bern funktioniert. Darum muss in erster Linie nicht die Regierung reformiert werden, sondern die Demokratie. Da liegt entschieden mehr drin, meinen die Fachleute. Und sie haben recht, denn das Volk hat in den letzten Monaten ganz deutlich versagt. Einiges zu Fall gebracht haben sie, die sturen Stimmberechtigten, und ermöglicht, was man hätte verhindern sollen. Darum soll nun der «Souverän» an die Kandare genommen werden, sagt Ueli Blatter, CVP-Nationalrat aus Obwalden. Lieber heute als morgen, möglichst vor den Wahlen aber. Damit nicht Leute nach Bern gewählt

werden, die glauben, dem Volk Rechenschaft schuldig zu sein. Und womöglich noch dankbar sind für ein Mandat, das ohnehin nichts als belastend ist. Und frustrierend.

Vorschriften sind gefragt – streng!

So gesehen hat Blatter mehr als recht, wenn er den Einfluss des Volkes schmälern will. Lindern, sind wir versucht zu sagen, denn jede Beschneidung der Volksrechte ist letztlich eine Wohltat für alle jene, denen das Wohl des Landes am Herzen liegt. Hoffen wir also, dass der Staatsreformer nach dem Nationalrat auch noch den Ständerat hinter sich scharen kann. Und das Volk. Setzen wir der Mitbestimmung eine Grenze. Ein Ende. Lasst uns Hindernisse bauen, auf dass die Stimmberechtigten nicht mehr für jeden Quark eine Volksinitiative lancieren können!

Blatter weiss, wie das geht: Als erstes gilt es zu verhindern, dass Volksinitiativen und Referenden einfach so unterschrieben werden können. Volksinitiativen sind möglichst zu verbieten. Und wenn sie denn schon zugelassen werden, dann soll jede und jeder auf die Gemeindekanzlei pilgern, um dort seine Unterschrift zu deponieren. Und zu begründen. Denkbar sind auch weitere höhere Anforderungen: Kleidervorschriften zum Beispiel, mindestens ein besuchter Gottesdienst vor dem Urnengang, intakte Familienverhältnisse, gegessener Sonntagsbraten und – egal. Die Hürden müssen einfach höher sein. Deutlich höher! □